

## Kommentar

### Mit dem Euro leben lernen

Die Stolpersteine auf dem Weg zum Euro sind ausgeräumt. Nun müssen wir mit dem Euro leben lernen. Alles ist zu tun, um den Euro zu einer stabilen Währung zu machen. Geldwertstabilität fällt uns nicht in den Schoß, sie muß erkämpft werden. Die Macht in der Geldpolitik geht auf den Zentralbankrat der Europäischen Zentralbank (EZB) über. Welche Weichenstellungen dieses neue Gremium in seiner ersten Amtszeit vornimmt, wird den Ruf der EZB für lange Zeit entscheidend prägen, zum Guten oder zum Schlechten. Die künftigen Mitglieder des EZB-Rates sollten nicht zweifeln lassen, aber auch nicht zweifeln müssen über das, was die europäische Öffentlichkeit von ihnen erwartet: daß sie nicht wackeln, wenn es um die Verteidigung des Geldwertes im Euro-Währungsgebiet geht.

Die europäische Öffentlichkeit muß im Umgang mit der Geldpolitik umdenken. Sicherlich werden die Deutschen anfangs fragen, ob die EZB mit ihrer Zinspolitik der konjunkturellen Situation in Deutschland gerecht wird, und die Spanier werden das für Spanien fragen. Doch dies führt in die Irre. Wir müssen begreifen lernen: der Euro-Währungsraum ist währungspolitisch nicht einfach die Aneinanderreihung von elf Ländern, vielmehr hat das europäische Währungsgebiet eine eigene Identität, die von der der einzelnen Staaten unabhängig ist. Für die Geldpolitik der EZB liefern Preistendenzen und Konjunkturlagen im gesamten Euroraum die Maßstäbe, nicht die Entwicklungen in einzelnen Ländern. Die EZB kann keine Regionalpolitik betreiben. Freilich wird es im Euro-Währungsgebiet tendenziell zur Konvergenz der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen kommen. Da für alle Euro-Länder derselbe Wechselkurs und dieselben Zinsen gelten, da zudem der Güter- und Kapitalverkehr innerhalb des Euro-Währungsgebietes völlig frei ist, werden sich Preisentwicklungen und Konjunkturlagen allmählich anpassen. Aber von Anfang an müssen wir darauf verzichten, die europäische Geld- und Währungspolitik aus einzelstaatlicher Sicht zu beurteilen, nur die europäische Sicht zählt.

Eine Neubewertung ist auch für die Fiskalpolitik notwendig. Es war ein Fehler vor allem der Deutschen, die Begrenzung der Staatsdefizite (und der Staatsschuld) zur Kernvoraussetzung für die Europäische Währungsunion hochzustilisieren; denn der Wert des Euro hängt nicht vom Umfang der Staatsdefizite ab. Die EZB ist in keiner Weise an der Finanzierung von Staatsdefiziten beteiligt. Aus Staatsdefiziten entsteht mithin keine inflationäre Geldschöpfung. Wenn der Euro da ist, wird es dringend notwendig sein, die Diskussion über die vertretbare Höhe der öffentlichen Kreditaufnahme und damit der Staatsdefizite neu aufzurollen. Da stehen dann andere als währungspolitische Fragen im Vordergrund. Es ist jedenfalls falsch, staatliche Kreditaufnahme und damit Staatsdefizite grundsätzlich ausschließen zu wollen oder nur für extreme Ausnahmesituationen (Naturkatastrophen) zulassen zu wollen. Ebenso wenig wie ein privater Haushalt schon unseriös handelt, wenn er den Bau seines Einfamilienhauses teilweise mit Krediten finanziert, ist eine Finanzierung von Staatsausgaben mit Krediten anrühlich. Wenn sich staatliche Kreditaufnahme mit öffentlichen Investitionen verbindet, denen ein künftiger Ertrag für die Volkswirtschaft zuzurechnen ist, sind sie nicht zu beanstanden. Und in einer konjunkturellen Abschwächung Staatsdefizite unterbinden zu wollen, wäre das Gegenteil von dem, was not tut. Wir müssen die Beurteilung der Staatsdefizite wieder von der Währungspolitik lösen.

Die Tarifparteien müssen sich neu orientieren. Zu den heiklen Themen der deutschen Währungsgeschichte gehörte jedenfalls der immer wieder aufgetretene Konflikt zwischen Lohnpolitik und Geldpolitik. Von der Bundesbank wurden überzogene Lohnabschlüsse in der Regel mit scharfer monetärer Restriktion beantwortet, und das führte oft genug in schmerzliche Rezessionen. Wird die Europäische Zentralbank ebenso beherzt mit Restriktion drohen, wenn die Lohnpolitik im Währungsgebiet überzieht? Den Tarifparteien ist anzuraten, dies gar nicht erst austesten zu wollen. Dann könnte es im Euro-Währungsgebiet eher gelingen, als es in Deutschland der Fall war, daß Geldpolitik und Lohnpolitik miteinander harmonisieren und nicht im Konflikt gegeneinander Stabilisierungskrisen auslösen.

*Rüdiger Pohl (rph@iwh.uni-halle.de)*